

lin Prenzlauer Berg in der Weimarer Republik. In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit 6/1985, S. 218-229

Harvey, Elizabeth: Arbeit für soziale Gerechtigkeit. Leben und Wirken von Walter Friedländer. Berlin 1991

Hutchinson, E.P.: Vorwort. In: Kent, D.P. (Hrsg.): The Refugee Intellectual. New York 1953, S. VII

Kramer, David: Das Fürsorgesystem im Dritten Reich. In: Baron, R. (Hrsg.): Geschichte der Sozialarbeit. Weinheim/Basel 1983, S. 173-217

Lemke, Lotte: Walter Friedländer zum 90. Geburtstag. In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit 9/1981, S. 349-50

Rawiel, Käthe: W. Friedländer – ein Leben für die soziale Arbeit. In: Rundbrief Gilde Soziale Arbeit 1/1993, S. 53-57

Salomon, Alice: Die Deutsche Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit im Gesamtaufbau des deutschen Bildungswesens (1929). In: Muthesius, Hans (Hrsg.): Alice Salomon, die Begründerin des Sozialen Frauenberufs in Deutschland. Köln/Berlin 1958, S. 240-248

Salomon, Alice: Charakter ist Schicksal. Lebenserinnerungen. Weinheim 1983

Saupe, P.; Wieler, J.: Traditionen Sozialer Arbeit in der Kulturstadt Europas 1999. In: Soziale Arbeit 9/2000, S. 329-334

Schirmmayer, Gerd: Hertha Krauss – Zwischen den Welten. Biographie einer Sozialwissenschaftlerin und Quäkerin (1897-1968). Frankfurt am Main 2002

Wieler, Joachim; Zeller, Susanne (Hrsg.): Emigrierte Sozialarbeit – Portraits vertriebener SozialarbeiterInnen. Freiburg im Breisgau 1995

Wieler, Joachim: Emigrierte Sozialarbeit nach 1933. In: Otto, H.-U.; Suenker, H. (Hrsg.): Soziale Arbeit und Faschismus. Frankfurt am Main 1989, S. 306-327

Wieler, Joachim: Destination Social Work – Emigrés in a Women's Profession. In: Quack, S. (Hrsg.): Between Sorrow and Strength – Women Refugees of the Nazi Period. Washington/ Cambridge 1995, S. 265-282

Wieler, Joachim: Er-Innerung eines zerstörten Lebensabends. Alice Salomon während der NS-Zeit (1933-37) und im Exil (1937-48). Darmstadt 1987

Ausgewählte Werke Walter Friedländers:

Lehrbuch der Wohlfahrtspflege. Zusammen mit Wachenheim, Hedwig und anderen. Hrsg.: Hauptausschuss für Arbeiterwohlfahrt e.V., Berlin 1927

Child Welfare in Germany Before and After Naziism.

Zusammen mit Myers, Earl D. Chicago 1940

Introduction to Social Welfare. New York 1955, Ankara 1966, Lucknow 1971

Concepts and Methods of Social Work. Zusammen mit Maas, Henry S.; Konopka, Gisela; Carter, Genevieve W. Englewood Cliffs 1958

Helene Simon. Ein Leben für soziale Gerechtigkeit. Bonn 1962

Individualism and Social Welfare. An Analysis of the System of Social Security and Social Welfare in France. New York 1962

Principi e metodi di servizio. Bologna 1963

Grundbegriffe und Methoden der Sozialarbeit (zusammen mit anderen). Neuwied 1966

Conceptos y metodos del servicio social. Buenos Aires 1969

International Social Welfare. Englewood Cliffs 1975

► Allgemeines

Bündnis für Gemeinnützigkeit: Erneuerung der

Demokratie wagen. Das Bündnis für Gemeinnützigkeit, getragen von den Spitzenverbänden der gemeinnützigen Organisationen, fordert von Politik und Verwaltung, das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland besser als bisher zu fördern. Der neueste Freiwilligensurvey belegt, dass die Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement deutlich höher ist als das bereits vorhandene umfangreiche freiwillige Mitgestalten öffentlicher Belange. Damit sich noch mehr Menschen bürgerschaftlich engagieren, müssen die Rahmenbedingungen verbessert werden. Die staatlichen Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement werden vielfach von behinderender Bürokratie und obrigkeitstaatlichem Denken geprägt. Die Vorschläge des Bündnisses für Gemeinnützigkeit zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements sind in der „Genshager Erklärung“ vom Februar 2010 (Soziale Arbeit 3/2010, S. 112) zusammengefasst. Ein von Teilen der Bundesregierung favorisierter „freiwilliger Zivildienst“ neben dem System der Freiwilligendienste ist nach Ansicht des Bündnisses keine optimale Dauerlösung für Jugendengagement. Der Ausbau der bestehenden Jugendfreiwilligendienste und deren Weiterentwicklung wären die richtige Antwort auf das nachhaltige Interesse an einem Bildungsjahr. Junge Menschen, die sich ein Jahr lang freiwillig im Bereich der Entwicklungshilfe, der Kultur, des Sports, des Umwelt- und Naturschutzes und der Wohlfahrtspflege engagieren, zeigen, dass Gemeinsinn vor Egoismus geht. Sie sind positive Botschafter für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Träger des Bündnisses für Gemeinnützigkeit sind die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, der Bundesverband Deutscher Stiftungen, der Deutsche Bundesjugendring, der Deutsche Fundraising Verband, der Deutsche Kulturrat, der Deutsche Naturschutzring, der Deutsche Olympische Sportbund, der Deutsche Spendenrat, der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und VENRO – Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen. Als Institutionen sind das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement und das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen beteiligt. *Quelle: Pressemitteilung des Bündnisses für Gemeinnützigkeit vom 4.10.2010*

Studie zu geschlechtsspezifischen Lohn Differenzen

in der EU. Im Auftrag des Bundesfamilienministeriums untersuchte das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen in Deutschland und sieben weiteren EU-Staaten, wobei die Situation von Berufsanfängerinnen und -anfängern den Schwerpunkt bildete. Empirische Grundlage waren die im Rahmen des Projekts LohnSpiegel seit dem Jahr 2004 gesammelten Umfragedaten. Die Untersuchung ergab, dass der „Gender Pay Gap“ (GPG), die Einkommenslücke

zwischen den Geschlechtern, im Westen Deutschlands von 18,5 % in den ersten drei Arbeitsjahren auf 20,7 % nach über 10-jähriger Tätigkeit ansteige. Im Osten hingegen sinke der GPG im gleichen Zeitraum von 17,8 % auf 14,7 %. Differenziert wurde auch nach Faktoren wie Berufsgruppe und Qualifikation. Im EU-Vergleich ergab sich für Belgien (9,4 %), Dänemark (9,8 %) und die Niederlande (11,5 %) die geringste Lohndifferenz in den ersten drei Arbeitsjahren, während Spanien (30,4 %) und Polen (26,0 %) hier das relativ höchste Gefälle aufwiesen. Im Rahmen der neuen Strategie „EU 2020“ plant die EU-Kommission Schritte zur Behebung der Lohndiskriminierung innerhalb der nächsten fünf Jahre. Die gesamte Studie steht im Internet unter http://www.boeckler.de/pdf/p_ta_lohnspiegel_berufsanfaengerinnen.pdf. *Quelle: Sozialcourage 3.2010*

Social Indicators Monitor. Das Zentrum für Sozialindikatorenforschung (ZSI) des Leibniz-Instituts für Sozialwissenschaften (GESIS) publiziert im Internet seit Kurzem mit dem in englischer und teils auch in deutscher Sprache vorliegenden „Social Indicators Monitor“ (SIMon) differenzierte Daten zur längerfristigen Wohlfahrtsentwicklung in Deutschland, der EU, Norwegen und der Schweiz sowie Japan und den USA als außereuropäische Referenzgesellschaften. Das aus dem „System Sozialer Indikatoren für Deutschland“ und dem „European System of Social Indicators“ bestehende Portal erschließt Zeitreihendaten zu mehreren Lebens- und Politikbereichen, wie beispielsweise Arbeitsmarkt, öffentliche Sicherheit, Bildung, Wohnen, Gesundheit und Umwelt. Basierend auf einem Beobachtungszeitraum vom Beginn der 1950er-Jahre (Deutschland) beziehungsweise der 1980er-Jahre (Europa, Japan und USA) bis zur Gegenwart sind diese Längsschnittdaten weitgehend aufgeschlüsselt nach demographischen Merkmalen wie Alter, Einkommen, Geschlecht und, je nach Verfügbarkeit, auch regionaler Verteilung. Verschiedene Möglichkeiten der graphischen Darstellung und der Datenanalyse sowie Exportfunktionen für die Weiterverarbeitung garantieren eine benutzerfreundliche Handhabung. Einsehbar ist das für Lehrende und Studierende der Sozialwissenschaften, Ministerien, Medien und Verbände konzipierte Informationssystem unter der Anschrift <http://gesis-simon.de> oder auf der SIMon-Website <http://gesis.org/simon>. *Quelle: ISI Informationsdienst Soziale Indikatoren 44.2010*

Ausbau des Portals „bürgeraktiv Berlin“. Das seit dem Jahr 2003 bestehende Engagementportal „bürgeraktiv Berlin“ wurde neu überarbeitet und enthält nun ein „Ehrenamtsnetz“ mit Informationen zu den Projekten und Strukturen des gemeinnützigen Sektors in Berlin. Zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen sowie Stiftungen erhalten hier ein Forum, um ihre Tätigkeitsangebote einer breiten Öffentlichkeit mitzuteilen und geeignete Helferinnen und Helfer direkt zu kontaktieren. Wer sich für ein Ehrenamt interessiert, kann sich registrieren lassen, eine passende Ausschreibung suchen und sich per Mausklick bewerben. Aktuell stehen zirka 780 Einsatzorte zur Wahl, die in einem Ehrenamtsatlas geographisch dokumentiert sind. Die beschriebene Website findet sich unter der Anschrift www.ehrenamtsnetz.berlin.de. *Quelle: Mitteilung der Geschäftsstelle bürgeraktiv Berlin vom 21.9.2010*

Innovationen für Menschen mit Mobilitätseinschränkung. Der von der Geographin Astrid Müller im Rahmen einer Magisterarbeit entwickelte Online-Routenplaner für Menschen mit Bewegungsbeeinträchtigungen in der Modellregion Bonn ist seit August dieses Jahres bundesweit verfügbar. Auf der Website www.rollstuhlrouting.de lassen sich durch Eingabe eines Start- und Zielpunktes detaillierte Fahrhinweise abrufen, wobei jeweils individuelle Wünsche hinsichtlich der Oberfläche, der maximalen Steigung und der Bordsteinhöhe Berücksichtigung finden. Der an die Internet-Weltkarte OpenStreetMap angeschlossene Kartendienst erleichtert auch die Suche nach konkreten Einrichtungen, wie zum Beispiel der nächstgelegenen Apotheke. Als weitere Neuerung eröffnet das MyHandicap iPhone einen mobilen Zugang zu Adressen von barrierefreien Orten in Bereichen wie Freizeit, Bildung, Beruf, Gesundheit und Pflege in Deutschland und der Schweiz (siehe auch www.myhandicap.de). *Quelle: Menschen 4.2010*

Neunter Menschenrechtsbericht der Bundesregierung. Mit der Drucksache 17/2840 des Deutschen Bundestages liegt seit dem 26.8.2010 der Neunte Menschenrechtsbericht der Bundesregierung vor. Dieser enthält detaillierte Informationen zur Verankerung der Menschenrechte in Deutschland und der gemeinsamen Justiz und Innenpolitik der EU mit Einzelbetrachtungen spezifischer Bevölkerungsgruppen wie Kinder, Frauen und Mädchen, Flüchtlinge und Menschen mit Behinderung. Thematisiert wird darüber hinaus der Stellenwert der Menschenrechte in der Außenpolitik, wie beispielsweise hinsichtlich der Zusammenarbeit mit dem Europarat, der OSZE und den Vereinten Nationen. Ein weiterer Teil widmet sich der Entwicklung der Menschenrechtslage im Zeitraum 2008 bis 2010 und der konkreten Umsetzung der Vorgaben in knapp 70 Staaten, wobei neben entsprechenden Aktivitäten Deutschlands und der EU auch die Situation einiger indigener Völker im Mittelpunkt steht. Abschließend erfolgt eine Darstellung des „Aktionsplans Menschenrechte 2010 bis 2012“ der Bundesregierung, ergänzt durch einen Anhang mit Hinweisen zu Institutionen, Dokumenten und Verfahren des nationalen und internationalen Menschenrechtsschutzes. Der gesamte Bericht steht im Internet unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/028/1702840.pdf>. *Quelle: hib – heute im bundestag Nr. 295 vom 20.9.2010*

► Soziales

Mehr Schwerbehinderungen. Laut Informationen des Statistischen Bundesamtes ist die Anzahl der schwerbehinderten Personen in Deutschland im Zeitraum zwischen 2007 und 2009 um 184 000 (2,7 %) auf 7,1 Mio. angestiegen. Mehr als ein Viertel der Betroffenen (29 %) befand sich zum Erhebungsstand am 31.12.2009 in der Gruppe der ab 75-Jährigen, knapp die Hälfte (46 %) waren zwischen 55 und 75 Jahre alt. Als Ursachen werden Krankheiten (82 %), Unfälle und Berufskrankheiten (2 %) sowie angeborene oder im ersten Lebensjahr entstandene Handicaps (4 %) benannt. Größtenteils handle es sich um körperliche Beeinträchtigungen (64 %) wie zum Beispiel Funktionseinschränkungen der Arme und Beine, Blindheit, Schwerhörigkeit oder sprachliche Schwierigkeiten. Bei 10 % lägen geistige oder seelische Behinderungen vor, bei 9 % zerebrale Störungen und bei 17 % sei die Art der Schwerbehinderung nicht ausgewiesen. Einem Viertel der

vom Versorgungsamt als schwerbehindert eingestuft Menschen habe man den maximalen Grad von 100 % zuerkannt. *Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 14.9.2010*

BAG W erwartet Anstieg der Wohnungslosigkeit. Nach Informationen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (BAG W) deuten einige Hinweise auf einen zukünftigen Anstieg der rückblickend geschätzten Wohnungslosenzahlen, auch wenn es an einer verbindlichen Erhebung für diesen Bereich noch fehlt. Beispielsweise sei es aufgrund der Finanzkrise der Kommunen fraglich, ob diese ihre Anstrengungen bei der Überwindung und Prävention von Wohnungslosigkeit aufrechterhalten können. Auch wegen der auslaufenden Bindungen im sozialen Wohnungsbau, der im Koalitionsvertrag vorgesehenen Verkürzung der Kündigungsfristen, der steigenden Energiepreise und der geplanten Pauschalisierung der Nebenkosten für Hartz-IV-Beziehende sei eine Verschlechterung zu befürchten. Für das Jahr 2008 lag die von der BAG W geschätzte Zahl von Menschen ohne mietvertraglich abgesicherten Wohnraum bei zirka 230 000, darunter etwa 20 000 gänzlich ohne Unterkunft. Um der drohenden Negativentwicklung zu begegnen, empfiehlt die BAG W die sofortige Einführung einer bundesweiten gesetzlichen Wohnungslosenstatistik, die Verstärkung des sozialen Wohnungsbaus und den Verzicht auf die Pauschalisierung der Wohnkostenübernahme im SGB II. *Quelle: Nachricht der BAG W 8.2010*

Frauenbeauftragte in Einrichtungen der Behindertenhilfe. Im Rahmen des vom Bundesfamilienministerium geförderten Pilotprojekts „Frauenbeauftragte in Einrichtungen“ finden seit April dieses Jahres kostenlose Schulungen in Mainz statt, um Frauen mit Lernschwierigkeiten als Frauenbeauftragte in Werkstätten und Wohnheimen für behinderte Menschen auszubilden. Sieben jeweils dreitägige Schulungskurse vermitteln die hierfür erforderlichen Fachkompetenzen hinsichtlich der Interessenvertretung von Frauen in den genannten Institutionen. Nach Abschluss der im Februar 2011 auslaufenden Schulungen besteht das Angebot, sich bei ebenfalls in diesem Projekt qualifizierten Unterstützerinnen Rat einzuholen. Acht der bundesweit 16 Teilnehmerinnen konnten bereits im Sommer dieses Jahres mit ihrer neuen Tätigkeit als Frauenbeauftragte beginnen. Weitere Informationen unter www.weiber-netz.de/frauenbeauftragte *Quelle: Das Band 4.2010*

Anhörung Altersarmut: Experten befürchten Zunahme. Altersarmut ist derzeit gering verbreitet, wird jedoch nach Meinung einiger Experten und Expertinnen in den kommenden Jahren steigen. Dies ist das Ergebnis der Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales im Deutschen Bundestag, bei der 12 Fachleute den Abgeordneten Rede und Antwort standen. Grund der Anhörung waren fünf Anträge von SPD, Linksfraktion und Bündnis 90/Die Grünen, in denen eine Erhöhung der Rentenanwartschaften für Beziehende von Arbeitslosengeld II gefordert wird. Die Vertreter der Deutschen Rentenversicherung wiesen darauf hin, dass ein geringes Rentenniveau nicht automatisch Altersarmut bedeute, da bestimmte Gruppen wie Beamte, Selbstständige oder Freiberufler mit Rentenanwartschaften häufig zusätzliche Bezüge im Alter

hätten. Das Statistische Bundesamt weist demgegenüber darauf hin, dass die Rente mit rund zwei Dritteln der Alterseinkünfte immer noch der dominante Faktor beim Einkommen im Alter sei. Neben arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wie etwa dem Mindestlohn halten die Expertinnen und Experten daher Eingriffe bei den Rentenanwartschaften für angebracht. *Quelle: hib – heute im bundestag Nr. 301 vom 27.9.2010*

► Gesundheit

Daten zur Patientenzufriedenheit in Berlin. Laut einer von der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen (FGW) im Auftrag der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) durchgeführten bundesweiten Telefonumfrage hat die seit dem Jahr 2004 bestehende Verpflichtung der Krankenkassen, eine hausarztzentrierte Versorgung anzubieten, aus Sicht der Teilnehmenden keine signifikanten Veränderungen bewirkt. In Berlin sei die Zufriedenheit mit der ärztlichen Betreuung in den letzten beiden Jahren zwar gestiegen, doch andererseits habe sich die Anzahl der Hausarzt- und Facharztbesuche um 4 % verringert. Ungeachtet geringerer Wartezeiten auf Termine und einer durchschnittlich kürzeren Verweildauer im Wartezimmer hätten gut 6 % der Berliner Befragten bei der Kassenärztlichen Vereinigung oder anderen Stellen Kritik an den zwischenmenschlichen oder fachlichen Qualitäten der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte geäußert, wohingegen 90 % in deren berufliche Kompetenzen vertrauten. Um die Versorgungssituation zu verbessern, bedarf es nach Auffassung der Kassenärztlichen Vereinigung einer Ausweitung der Sprechzeiten und einer intensiveren Zusammenarbeit der medizinischen Fachkräfte. *Quelle: Berliner Ärzteblatt 9.2010*

1. Internationaler Kongress zur Borderline-Persönlichkeitsstörung. Vom 1. bis 3.7.2010 fand in Berlin der erste internationale Kongress zur Borderline-Persönlichkeitsstörung statt, auf dem die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde mitteilte, dass 6 % der Jugendlichen in Deutschland an einem Borderline-Syndrom leiden, von denen rund 60 % über schweren Missbrauch in der Kindheit berichtet hätten. Das Krankheitsbild beinhaltet intensive Stimmungsschwankungen, eine Ablehnung des eigenen Körpers, Beziehungsprobleme, Suizidgedanken, Essstörungen und autoaggressives Verhalten. Durch die stationäre Intervention entstünden bundesweit Kosten in Höhe von vier Mrd. Euro pro Jahr. Dies entspreche rund 15 % der Gesamtausgaben zur Therapie psychischer Störungen. *Quelle: G+G 9.2010*

Liste riskanter Medikamente. Eine im Auftrag des Bundesforschungsministeriums erstellte Studie der Universität Witten/Herdecke ergab, dass beinahe 40 % der in deutschen Heimen untergebrachten Personen Medikamente einnehmen, die für ältere Menschen gefährlich sind. Insgesamt 83 bedenkliche Wirkstoffe wurden von den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern auf der sogenannten Priscus-Liste zusammengestellt, darunter blutdrucksenkende Substanzen, Schmerzmittel und Psychopharmaka. Da die Anzahl der verschriebenen Mittel mit zunehmendem Alter steige, bestehe vor allem für Seniorinnen und Senioren ein hohes Risiko unerwünschter Wechselwirkungen. Der Sozialverband VdK empfiehlt deshalb, ein Verzeichnis

aller eingenommenen Arzneimittel anzulegen (inklusive der rezeptfreien) und dieses bei jedem Arztbesuch vorzulegen. Die oben beschriebene Priscus-Liste kann im Internet unter http://priscus.net/download/PRISCUS-Liste_2010_final.pdf eingesehen werden. Für individuelle Fragen bietet die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) wochentags von 8.30 bis 16 Uhr eine Beratung unter der Rufnummer 03 51/458 50 49 an. *Quelle: VdK Zeitung 10.2010*

Altenpflege-Monitor 2010. Der seit dem Jahr 2005 regelmäßig durchgeführte und dieses Jahr zum vierten Mal erscheinende Altenpflege-Monitor untersucht anhand einer repräsentativen Umfrage unter der Bevölkerung „50plus“ deren Einkommen, Einstellungen und Erwartungen, den Informationsstand zur Pflege und die Vorsorgeplanung zu Angeboten und Dienstleistungen im Pflegebereich. Wie die Ergebnisse zeigen, erfährt die ambulante Pflege eine bessere Bewertung als die stationäre, beispielsweise hinsichtlich der Fragen in Bezug auf die Ruhigstellung mit Medikamenten, den vom Pflegepersonal entgegengebrachten Respekt, den Ruf der jeweiligen Einrichtungen und die Möglichkeiten zur Selbstbestimmung der Pflegebedürftigen. Gleichermaßen negativ sei die Einschätzung des für die Pflege aufgewandten Zeitumfangs, der sowohl für den ambulanten als auch für den stationären Bereich von 83 % der Befragten als unzureichend eingestuft werde. Die Bezahlung der Pflege beurteilten viele trotz der Kritik an den geringen Löhnen als zu hoch. Weitere Informationen auch unter www.altenheim.vincenz.net/apm. *Quelle: Aus der Heimstiftung 3.2010*

Neue Anlaufstelle für Beschwerden zur Psychotherapie. Für Fragen und Kritik zum Thema Psychotherapie hat die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) zum 1.8.2010 eine Anlaufstelle eingerichtet, die in einer ersten Pilotphase zunächst zwei Stunden pro Woche, jeweils Montag von 10 bis 12 Uhr unter der Rufnummer 02 21/16 95 21 49 oder im Internet unter www.upd-online.de/beschwerden-psychotherapie.html anonym erreichbar ist. Das Angebot umfasst Hinweise bezüglich der Berufspflichten, des Therapeutenverhaltens und der Patientenrechte, wobei im Fall von Beschwerden eine anonymisierte Rückmeldung an die beteiligten Psychotherapeutenkammern erfolgt. *Quelle: VdK Zeitung 9.2010*

Mehr psychische Erkrankungen? Da die Zahl der durch psychische Störungen verursachten Krankheitstage in den letzten 19 Jahren bundesweit um etwa ein Drittel angestiegen ist, stellt sich die Frage, ob die entsprechenden Erkrankungen tatsächlich verstärkt auftreten oder ob die genannte Entwicklung lediglich auf besseren Diagnosemöglichkeiten oder einer stärkeren öffentlichen Akzeptanz beruht. Nach Auffassung der Betriebskrankenkassen könnte hier auch die Definition neuer Krankheitsbilder eine Rolle spielen. So seien in der Weiterentwicklung des „Diagnostic and Statistical Manual of Mental Disorders“ (DSM) neue Diagnosen vorgesehen wie unter anderem „hoarding disorder“, „intermittent explosive disorder“ und „cognitive tempo disorder“ als pathologische Formen von Sammelwut, Wutausbrüchen und Langsamkeit mit jeweils spezifischen Herausforderungen für die therapeutische Intervention. *Quelle: Die BKK 8/9.2010*

► Jugend und Familie

Müssen, Können, Dürfen – gelingende Kooperation von Mädchen- und Jungenarbeit. Hrsg. Landesarbeitsgemeinschaft Mädchenarbeit NRW e.V. und Landesarbeitsgemeinschaft Jungenarbeit NRW e.V. Selbstverlag. Wuppertal 2010, 34 S., EUR 8,- *DZI-D-9138*

Im September 2009 fand in Essen eine Tagung statt, in deren Rahmen die Grundlagen für die Zusammenarbeit der pädagogischen Handlungsfelder Mädchen- und Jungenarbeit diskutiert wurden. Die in diesem Tagungsband dokumentierten Beiträge thematisieren die jeweils eigenen Perspektiven der Arbeitsfelder und die Voraussetzungen für eine erfolgreiche gegenseitige Koordination. Wichtig seien unter anderem die Reflexion und Analyse von Geschlechterrollen und damit verbundenen Klischees und die Berücksichtigung genderbewusster Ansätze in den Kinder- und Jugendförderplänen der Kommunen. Bestellanschrift: Landesarbeitsgemeinschaft Mädchenarbeit in NRW e.V., Robertstraße 5a, 42107 Wuppertal, Tel.: 02 02/ 759 50 46, E-Mail: lag@maedchenarbeit-nrw.de

Schulsozialarbeit des Fachverbands IN VIA. Der bundesweit in über 30 Regionen tätige Katholische Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit IN VIA widmet sich an seinem Standort in der Erzdiözese Freiburg seit dem Jahr 1973 der sozialpädagogischen Betreuung von Schülerinnen und Schülern, wobei Fragen hinsichtlich der Schnittstellen von Schule, Familie, Berufswelt und individueller Lebenswelt im Vordergrund stehen. Mit dem Leitgedanken, den Kindern und Jugendlichen bestmöglich zur Seite zu stehen, wenden sich die in diesem Bistum an 18 Schulen bestehenden Angebote auch an Lehrkräfte und Eltern, um diese im Hinblick auf Erziehungsfragen zu beraten. Die inhaltlichen Schwerpunkte der Tätigkeit des Fachverbands liegen in der Unterstützung benachteiligter Mädchen und Jungen beim Übergang von der Schule in eine Ausbildung oder einen Beruf und in der Gruppen- und Projektarbeit zu alters- und geschlechtsspezifischen Themen. Dabei zielt die von einem ganzheitlichen Bildungsverständnis ausgehende Begleitung in erster Linie auf eine erfolgreiche Persönlichkeitsentwicklung und die Vermittlung sozialer und zivilgesellschaftlicher Kompetenzen. *Quelle: caritas-mitteilungen für die Erzdiözese Freiburg 3.2010*

Bundeswettbewerb Suchtprävention gestartet. Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und die Drogenbeauftragte der Bundesregierung haben den 5. Bundeswettbewerb „Vorbildliche Strategien zur kommunalen Suchtprävention“ mit dem Schwerpunktthema „Suchtprävention für Kinder und Jugendliche in besonderen Lebenslagen“ ausgeschrieben. Zu solchen Lebenslagen zählen unter anderem schwierige Familiensituationen, Finanz- und Einkommensverhältnisse, die das Armutsrisiko beeinflussen, benachteiligende Wohnverhältnisse und Wohnbedingungen, ungünstige Bildungslagen und schwierige Integrationsbedingungen. Zur Teilnahme eingeladen sind alle deutschen Städte, Gemeinden und Kreise. Teilnahmeberechtigt sind außerdem Kommunalverbände sowie die Träger der kommunalen Selbstverwaltung in den Stadtstaaten. Präventionsaktivitäten Dritter (zum Beispiel von Wohlfahrtsverbänden, Krankenkassen, Betrieben oder privaten Initiativen) können ausschließlich als Bestandteil

der Bewerbung einer Kommune berücksichtigt werden. Es steht ein Preisgeld in Höhe von insgesamt 60 000 Euro zur Verfügung. Zusätzlich unterstützt der GKV-Spitzenverband den Wettbewerb mit einem Sonderpreis von 10 000 Euro für innovative und weiterführende Konzepte sowie Projekte zum Thema „Verknüpfung von Jugendsozialarbeit und Gesundheitsförderung bei der Betreuung von Kindern suchtbelasteter Eltern“. Alle Kommunen, die sich am Wettbewerb beteiligen, erhalten eine Teilnehmerurkunde und eine Dokumentation der Wettbewerbsergebnisse. Einsendeschluss ist der 17.1.2011. Die Preisverleihung findet am 6. Juni 2011 in Berlin statt. Nach der Preisverleihung werden alle Wettbewerbsbeiträge sowie die Wettbewerbsdokumentation im Internetportal zum Wettbewerb veröffentlicht. Informationen: <http://www.kommunalweb.de>; <http://www.difu.de/presse/2010-09-10/bundeswettbewerb-zur-kommunalen-suchtprevention.html> *Quelle: Pressemitteilung des Deutschen Instituts für Urbanistik vom 10.9.2010*

► Ausbildung und Beruf

Age Management. Die Alice Salomon Hochschule bietet vom 15.4.2011 bis zum 17.3.2012 den berufsbegleitenden Zertifikatkurs „Age Management“ mit Themen wie demographischer Wandel, Beschäftigung, Diversity im Betrieb, Altersbilder, Generationenbeziehungen im Beruf und Arbeit mit Gruppen, in Institutionen, Organisationen und Unternehmen. Voraussetzungen für den Abschluss sind die Teilnahme an allen Veranstaltungen und die Vorlage einer schriftlichen Falldokumentation. Wer sich für den Studiengang interessiert, ist eingeladen, am 4.12.2010 an einer Informationsveranstaltung teilzunehmen. Die Bewerbungsfrist endet am 4.3.2011. Weitere Informationen bei der Alice Salomon Hochschule, Alice-Salomon-Platz 5, 12627 Berlin, E-Mail: goedel@ash-berlin.eu, Internet: www.ash-berlin.eu

Internetportal für die Berufsvorbereitung und Ausbildungsförderung. Eine Hilfestellung für pädagogische Fachkräfte in berufsvorbereitenden und ausbildungsbegleitenden Maßnahmen eröffnet seit Oktober 2008 das kostenlose, vom Bundesbildungsministerium und dem Europäischen Sozialfonds geförderte Internetportal [qualiboxXX](http://qualibox.de). Dieses enthält neben einem allgemein zugänglichen Magazin mit fachspezifischen Informationen einen geschlossenen Bereich für angemeldete Mitarbeitende von Bildungsträgern mit Möglichkeiten zur institutionsübergreifenden Zusammenarbeit. Um die Wissensvermittlung zu erleichtern, enthält das Portal interaktive Lernangebote zu schulischen Basiskenntnissen und zu berufsspezifischen Themen aus verschiedenen Bereichen der Arbeitswelt. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, die Jugendlichen in virtuellen Lerngruppen zu betreuen. Das Portal ist unter der Adresse www.qualibox.de im Internet abrufbar. *Quelle: Pressemitteilung von Schule ans Netz e.V. vom 4.8.2010*

Hermann Strauss. Internist und Wissenschaftler in der Charité und im Jüdischen Krankenhaus Berlin. Von Harro Jenss. Henrich & Henrich Verlag. Berlin 2010, 85 S., EUR 7,80 *DZI-D-9281*
Als Internist und Wissenschaftler machte Hermann Strauss (1868-1944) wichtige Entdeckungen hinsichtlich der Er-

forschung und Therapie von Verdauungs-, Blut-, Nieren- und Stoffwechselkrankheiten. Obwohl er im Jahr 1933 gezwungen wurde, viele seiner beruflichen Aktivitäten aufzugeben, blieb er in Berlin und versorgte unter schwierigsten Bedingungen seine Patientinnen und Patienten im Jüdischen Krankenhaus. Die Veröffentlichungen des international renommierten Professors und Chefarztes, darunter 25 Monographien und eine große Anzahl von Artikeln in Sammelwerken und Fachzeitschriften, wurden nach dem Jahr 1945 kaum noch erwähnt. Diese Biographie beschreibt Hermann Strauss' medizinische Erkenntnisse, seinen Lebensweg und seine Deportation in das Konzentrationslager Theresienstadt, wo er sich um Mitgefangene kümmerte und Vorträge hielt, ehe er im Jahr 1944 an Herzversagen starb. Darüber hinaus enthält das Buch einen Beitrag von Peter Reinicke über Hermann Strauss' Ehefrau Elsa, eine Wegbereiterin der modernen Krankenhaussozialarbeit in Deutschland, die ebenfalls in Theresienstadt zu Tode kam.

Neues Fachkonzept für den Berufsbildungsbereich.

Als Beitrag zu der in der UN-Behindertenkonvention geforderten beruflichen Inklusion von Menschen mit Behinderung entwickelte die Bundesagentur für Arbeit (BA) ein neues Fachkonzept für das Eingangsverfahren und den Berufsbildungsbereich mit dem Ziel, durch neue Qualifizierungsstufen sowie betriebliche Module und Praktika eine stärkere Annäherung an den allgemeinen Arbeitsmarkt zu erreichen. Die BA fordert die Werkstätten auf, ein detailliertes Durchführungskonzept auf Basis der im Fachkonzept formulierten Eckpunkte zu erstellen und dieses mit der zuständigen Regionaldirektion und dem Fachausschuss abzustimmen. *Quelle: Lebenshilfe Zeitung September 2010*

Modellprojekt zur Qualifizierung für die Pflege. Um die interkulturelle Öffnung der Pflegeausbildung voranzubringen, bietet die Gemeinnützige Offenbacher Ausbildungs- und Beschäftigungsförderungsgesellschaft (GOAB) im Rahmen eines dreijährigen Modellprojekts 45 jungen Männern mit Migrationshintergrund die Möglichkeit, sich zum Altenpflegehelfer zu qualifizieren. Das vom 1.7.2010 bis 30.4.2013 laufende Projekt erfolgt im Verbund mit Fachschulen und regionalen Unternehmen und bietet aufgrund des absehbaren Anstiegs der Zahl pflegebedürftiger Menschen solide berufliche Perspektiven. Vom Hessischen Sozialministerium wird die Initiative mit insgesamt 537 400 Euro gefördert. *Quelle: Newsletter des Hessischen Ministeriums für Arbeit, Familie und Gesundheit vom 14.9.2010*

Fortbildung Erlebnispädagogik. Für pädagogische und sozialarbeiterische Fachkräfte veranstaltet die Landesakademie in Weil der Stadt in Kooperation mit dem Eisbär e.V. Freiburg von Februar bis November 2011 insgesamt 19 Tagen eine berufsbegleitende Fortbildung im Bereich Erlebnispädagogik. Schwerpunkte sind die Vermittlung von Techniken und Methodenkenntnissen, Reflexionsgespräche und der Transfer der theoretischen Inhalte in das jeweilige Praxisfeld. Darüber hinaus beinhaltet das Curriculum Bereiche wie Teamkooperation, Kreativität, Wahrnehmung und Ausdrucksvermögen sowie Anleitung im Klettern, Kanu- und Kajakfahren, der Höhlenbefahrung

und der Arbeit mit Seilelementen. Am 27.11.2010 findet ein kostenfreier Informationsnachmittag statt. Weitere Auskünfte und Anmeldung: Landesakademie für Jugendbildung, Postfach 1240, 71256 Weil der Stadt, Tel.: 070 33/52 69-0, Mail: info@jugendbildung.org, Internet: www.jugendbildung.org

Fortbildungsangebote für 2010. Folgende Fortbildungsträger haben ihre Programme für das kommende Jahr bereits herausgegeben. Sie können unter den genannten Anschriften angefordert werden:

Akademie Remscheid für musische Bildung und Medienerziehung e.V., Küppelstein 34, 42857 Remscheid, Tel.: 021 91/794-0, Fax: 021 91/794-205, E-Mail: info@akademieremscheid.de, Internet: www.akademie.remscheid.de

Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH) e.V., Ripuarenstraße 8, 50679 Köln, Tel.: 02 21/88 96-0, Fax: 02 21/88 96-100, E-Mail: info@ageh.org, Internet: www.ageh.de

Evangelischer Entwicklungsdienst (EED) e.V., Referat Fachkräfte/Kursverwaltung, Ulrich-von-Hassell-Straße 76, 53123 Bonn, Tel.: 02 28/8101-0, Fax: 02 28/8101-160, E-Mail: anmeldung@eed.de, Internet: www.eed.de

Evangelischer Erziehungsverband e.V., Flüggestraße 21, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/39 08 81-17, Fax: 05 11/39 08 81-16, E-Mail: seminarverwaltung@erev.de, Internet: www.erev.de

Evangelisches Zentralinstitut für Familienberatung Berlin, Auguststraße 80, 10117 Berlin, Tel.: 030/28 39 52 70, Fax: 030/28 39 52 22, E-Mail: baerthel@ezi-berlin.de, Internet: www.ezi-berlin.de

Fortbildungs-Akademie des Deutschen Caritasverbandes, Postfach 420, 79004 Freiburg, Wintererstraße 17-19, 79104 Freiburg, Tel.: 07 61/200-17 00, Fax: 07 61/200-17 99, E-Mail: akademie@caritas.de, Internet: www.caritas-akademien.de

Hochschule Luzern – Soziale Arbeit, Werftstrasse 1, Postfach 2945, CH-6002 Luzern, Tel.: 0041/41/367 48 48, Fax: 0041/41/367 48 49, E-Mail: sozialearbeit@hslu.ch, Internet: www.hslu.ch/sozialearbeit

Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen, Schaumainkai 101-103, 60596 Frankfurt, Tel.: 069/63 39 86-0, Fax: 069/63 39 86-25, E-Mail: igfh@igfh.de, Internet: www.igfh.de

Katholische Fachhochschule Freiburg, IAF Institut für Angewandte Forschung, Entwicklung und Weiterbildung, Karlstraße 63, 79104 Freiburg, Tel.: 07 61/200-14 51, Fax: 07 61/200-14 96, E-Mail: iaf@kfh-freiburg.de, Internet: www.kfh-freiburg.de

Katholische Stiftungsfachhochschule München, Institut für Fort- und Weiterbildung, Forschung und Entwicklung, Preysingstraße 83, 81667 München, Tel.: 089/480 92-12 79 (-12 94), Fax: 089/480 92-19 02, E-Mail: if-fortbildung@ksfh.de, Internet: www.ksfh.de

moreno institut, Alte Heerstraße 15b, 38644 Goslar, Tel.: 053 21/31 93 17, Fax: 053 21/31 93 93, E-Mail: info@moreno-goslar-ueberlingen.de, Internet: www.moreno-goslar-ueberlingen.de

Tagungskalender

15.11.2010 Kassel. Fachtag: Ein Jahr Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit: Auswirkungen auf Verfahren bei Kindeswohlgefährdung. Information: AFET – Bundesverband für Erziehungshilfe, Osterstraße 27, 30159 Hannover, Tel.: 05 11/353 991-3, E-Mail: info@afet-ev.de

22.11.-24.11.2010 Reinhausen. Seminar: Methoden der sozialen Trainingskurse. Gruppenarbeit mit straffällig gewordenen Jugendlichen. Information: Geschäftsstelle der DVJJ, Lützerodestraße 9, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/348 36 40, E-Mail: tschertner@dvjj.de

25.11.-26.11.2010 Lübeck. Fachkongress: „Zu Hause ist die Hölle los...“ – Die große Not der Kinder bei Partnerschaftsgewalt. Information: Bundesarbeitsgemeinschaft der Kinderschutz-Zentren e.V., Bonner Straße 145, 50968 Köln, Tel.: 02 21/569 753, E-Mail: die@kinderschutz-zentren.org

29.11.-3.12.2010 Stuttgart-Hohenheim. Tagung: Migration in Deutschland und Österreich. Sozialarbeit am Beispiel des Ballungsraums Stuttgart. Information: Evangelische Akademie Bad Boll, Akademieweg 11, 73087 Bad Boll, Tel.: 07 164/79-0, E-Mail: info@ev-akademie-boll.de

2.12.2010 Güstrow. 4. Landeskinderschutzkonferenz Mecklenburg-Vorpommern. Information: Zentrum für Praxis und Theorie der Jugendhilfe e.V., Schabernack 70, 18273 Güstrow, Tel.: 038 43/83 38-0, E-Mail: info@schabernack-guestrow.de

3.12.2010 Bielefeld. IV. Fachtagung: Prävention von Wohnungsverlusten. Aufgabenverteilung zwischen Kommune, freien Trägern und Wohnungswirtschaft. Information: Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V., Postfach 13 01 48, 33544 Bielefeld, Tel.: 05 21/143 96-0, E-Mail: info@bagw.de

3.-4.12.2010 Berlin. Kongress: Armut und Gesundheit. Information: Gesundheit Berlin-Brandenburg, Friedrichstraße 231, 10969 Berlin, Tel.: 030/443 190 60, E-Mail: kongress@gesundheitberlin.de

6.-7.12.2010 Mainz. 2. Bundestagung zur interdisziplinären Zusammenarbeit im Familienkonflikt: Kooperation zum Wohl der Kinder bei Trennung und Scheidung. Information: Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht (DIJuF) e.V., Poststraße 17, 69115 Heidelberg, Tel.: 062 21/98 18, E-Mail: institut@dijuF.de